

Höhepunkt die historische Erklärung ist, die im Sommer diesen Jahres von Michail Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichnet wurde.

Da wir ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates sind, wird sich die UdSSR von der in der UN-Satzung zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit leiten lassen, „zukünftigen Generationen die Nöte eines Krieges zu ersparen, der der Menschheit zweimal in unserem Leben unsägliches Leid gebracht hat“.

Dies ist genau dann der Fall, wenn legitime Interessen einzelner Völker nicht den legitimen Interessen anderer entgegenstehen dürfen, daß eine Lösung nicht auf dem Weg einseitiger Handlungen und eigenmächtiger Schritte gefunden werden kann, sondern mit gegenseitigem Einvernehmen aller interessierten Seiten.

Jedes Recht beinhaltet die Pflicht, die Rechte anderer Menschen und anderer Völker zu berücksichtigen. Die Rechte sind gekoppelt an Verpflichtungen und Verantwortung, andernfalls sind es keine Rechte, sondern das traurig bekannte Faustrecht, das Gesetz des Stärkeren.

Wir teilen die Ansicht von Präsident Mitterrand, daß kein europäisches Land ohne Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht handeln darf, ohne Rücksicht auf die Interessen der anderen, ohne Rücksicht auf die heutige historische Lage, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet hat.

Wenn uns unsere politische Optik nicht im Stich läßt, so haben wir das Recht, folgenden Schluß zu ziehen: In Europa sind die Gespenster des politischen Extremismus aufgetaucht. Er verdrängt die politischen Realitäten und das historische Erinnerungsvermögen Hunderter Millionen. Er will irgendetwas formen und ignoriert dabei die alte Weisheit, daß man den Stoff nicht an einer Stelle so zusammennähen darf, daß er an vielen anderen reißt.

Es ist frevelhaft, nicht zu berücksichtigen, daß es im heutigen Europa, das bis an die Zähne - auch atomar - bewaffnet ist, sehr leicht ist, die Lage zu destabilisieren, eine Epidemie von Haß und Feindseligkeit auszulösen und den Kontinent in das Chaos der Zeiten der Wirren zurückzuwerfen.

Die Geschichte selbst hat Europa, wo in der Vergangenheit nicht nur einmal mit kriegerischen Bannern die nationale Idee auftauchte und wo die Folgen davon bis zum heutigen Tag zu spüren sind, eine erhöhte Behutsamkeit verschrieben. Und dieselbe Geschichte erinnert daran, daß die nationale Idee, die auf eine edle Sache abzielt, dem Fortschritt, dem Frieden und dem allgemeinen Nutzen der europäischen Völker gedient hat. (. . .)

## Erklärungen des französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand zur Deutschen Frage

*Die nachfolgend auszugsweise dokumentierten „Erklärungen des französischen Staatspräsidenten zur Deutschen Frage“ veröffentlichte die französische Botschaft in Bonn am 4. Januar 1990, zwei Wochen nach Mitterrands Staatsbesuch in der DDR. D. Red.*

### **1. Begegnung mit Studenten, Intellektuellen und Künstlern an der Karl-Marx-Universität in Leipzig am 21. Dezember 1989 (Auszüge)**

*Francois Mitterrands Antwort auf eine Frage zur deutschen Einheit:*

Meine Position ist ganz einfach. Erstens, die Einheit in der einen oder anderen Form - wir werden gleich noch darüber sprechen —, die Einheit der Deutschen betrifft zunächst die Deutschen. Nur

freie, offene, demokratische Wahlen werden erlauben, genau zu wissen, was die Deutschen auf beiden Seiten wollen. Man muß zuerst durch diese Probe, die eine gute Probe ist, bevor man für die Deutschen entscheidet. *Sie* müssen sagen, was sie wollen.

Sicher, es gibt viele Demonstrationen, die zu zeigen scheinen, was sie wollen. Aber sie müssen sich in freien und geheimen Wahlen demokratisch ausdrücken. Zur Zeit gibt es zwei Staaten. Diese beiden Staaten haben eine souveräne Existenz. Jeder der beiden ist sein eigener Herr, weil er seinen Willen ausdrückt oder, davon geht man ja aus, den Willen einer Nation, eines Volkes ausdrückt. Man kann nicht mit einem Strich die europäische Realität auslöschen, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Das ist nicht Ihr Fehler, das ist nicht meiner, aber es ist so.

Es ist also eine gewisse Ordnung — wenn man das so nennen kann — in Europa entstanden, um zwei Militärbündnisse herum, mit einem Gleichgewicht zwischen diesen beiden Bündnissen und auf der Grundlage von Grenzen, die durch internationale Abkommen zu Protokoll genommen und bekräftigt wurden, von denen die letzten die Abkommen von Helsinki von vor 14 Jahren sind.

Wenn man beginnt, die Grenzen hier anzurühren, so wird fast überall Bewegung aufkommen. Zwar glaube ich, daß die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten anders ist als die Grenzen anderswo, weil sie innerhalb eines Volkes und nicht zwischen zwei verschiedenen Völkern gezogen wurde wie im allgemeinen im übrigen Europa, auch wenn diese Grenzen nicht immer gerecht sind. Sie kennen die Forderungen zum Beispiel in Siebenbürgen, in der Moldau. Sie kennen die Forderungen der baltischen Länder. Sie kennen die Forderungen, die gegenüber Polen erhoben wurden. Bevor man dieses zerbrechliche Gebäude anrührt, muß man, wenn man den Frieden bewahren will, einen kühlen Kopf behalten. Man hat das Recht, mit Leidenschaft und Hoffnung zu handeln, aber man muß doch wieder eine gewisse Dosis Vernunft hineinbringen. Ich sage also, die deutsche Einheit hängt zuerst wesentlich vom deutschen Volk ab. Wenn das deutsche Volk entscheidet, daß es so sein soll, wird Frankreich sich dem nicht entgegenstellen.

Aber das deutsche Volk muß bei seiner Entscheidung das europäische Gleichgewicht berücksichtigen. Es kann nicht eine Realität mißachten, die aus ihm, im Osten, ein sehr aktives Mitglied des Warschauer Pakt genannten Bündnisses mit starken ausländischen Truppen auf seinem Boden macht, genauso wenig wie die Bundesrepublik nicht eine vergleichbare Situation mit ihren westlichen Verbündeten mißachten kann. Ich sage also, daß die deutsche Einheit zweitens eine Angelegenheit Ihrer Nachbarn ist, die sich nicht an die Stelle des deutschen Willens zu setzen haben, die aber das Gleichgewicht Europas zu wahren haben. Das ist beinahe ein Widerspruch. Zwei verschiedene Elemente einer Analyse, die These und Antithese für eine Synthese sein können. Ich glaube, daß es möglich ist, das heißt, daß man gleichzeitig die Formen der deutschen und der europäischen Einheit voranbringen kann. Sonst kommt man zu einem Ungleichgewicht, über das Sie nachdenken werden müssen, wenn Sie wählen.

Aber wenn es um das tiefe Verlangen des deutschen Volkes in dem einen oder anderen Sinn geht, müssen wir Franzosen es verstehen und immer die Partei der Freiheit ergreifen. Das also denke ich, vereinfacht ausgedrückt und auf die Schnelle, von dem deutschen Problem, so wie es sich stellt.

Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft in diesem Prozeß muß gewichtig sein, denn die Europäische Gemeinschaft kann mit Ländern wie dem Ihren Verträge abschließen und außerdem muß sie sich stärken, damit das deutsche Problem nicht nur ein deutsches Problem ist, sondern ein europäisches Problem. Dann werden wir uns wohl gut verstehen, um die richtige Lösung zu finden.

## **2. Pressekonferenz nach dem Staatsbesuch in der DDR, Berlin, 22. Dezember 1989 (Auszüge)**

(...)

*Frage:* Hatten Sie das Gefühl, daß diese (ostdeutsche, d. Red.) öffentliche Meinung weiß, wohin sie will?

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

*Mitterrand:* Natürlich, sie ist auf der Suche nach sich selbst. Sie will eindeutig zur Demokratie. Im Innern geht alles in diese Richtung. Im übrigen, wenn diese Bewegung nicht die ihr eigene Kraft gehabt hätte, hätten wir nicht das erlebt, was geschehen ist, insbesondere die Mauer am 9. November. Es gibt also ein unglaubliches Streben nach Demokratie, nach Freiheit. Das steht fest.

Und welches sind die Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Gruppierungen, den bereits vorher bestehenden, den neu entstehenden, den noch zu entstehenden. Oder mit den geistigen Kräften Ostdeutschlands, die Grundlage der evangelischen Kirche sind. Das alles ist noch ungewiß. Es ist also ein Volk, das auf der Suche nach sich selbst ist. Es gibt die sicherlich große Anziehungskraft der deutschen Einheit, aber das ist nicht die einzige Frage, denn Ostdeutschland ist in Europa.

Und außerdem ist zwar die Anziehungskraft der Bundesrepublik natürlich sehr vielversprechend und aufgrund des wirtschaftlichen Erfolgs dieses Landes zu Recht, doch viele fragen nach den unmittelbaren Folgen, die im praktischen alltäglichen Leben die Verschmelzung der Systeme und der Strukturen hätte, denn die (?) dieses Landes sind nicht darauf vorbereitet. Das sind die Fragen, die man mir stellt und die sich stellen und über die ich, genauso wie sie, nachdenke. (. . .)

Die Ostdeutschen und die Westdeutschen werden wählen. Wenn sie gewählt haben, werden sie Abgeordnete haben. Unter diesen Abgeordneten werden sich Mehrheiten abzeichnen, aus diesen Mehrheiten werden Regierungen entstehen, die Programme haben, Botschaften. Wenn diese Botschaft auf beiden Seiten „sofortige Vereinigung“ heißt, wird sich das Problem demokratisch gestellt haben. Ich habe von Anfang an die Bedingung genannt - das war Anfang November, vor den Ereignissen vom 9. November, am 3. November in Bonn im Anschluß an die deutsch-französischen Konsultationen. Ich habe gesagt: „Der demokratische Weg und der friedliche Weg.“ Nun, der demokratische Weg wäre damit erfüllt. Was den friedlichen Weg angeht, so muß er festgelegt werden. (. . .)

Zu den Überlegungen, die sich aus dem eigentlichen deutschen Problem ergeben, das nicht in meinen Bereich fällt, gehört das Problem Europa, und Europa muß, wenn es aus der bestehenden Ordnung, die es seit 45 Jahren kennt, ausscheren muß, eine neue herstellen. So etwas kann nicht erbenlos bleiben. Wir sind auch die Garanten für den Frieden in Europa. Wir selbst sind Garanten für den deutschen Status. Aber 45 Jahre sind vergangen, und ich werde den Deutschen keine Lehren erteilen, das Recht gestehe ich mir nicht zu. Ich habe nicht die Absicht, sie zu bevormunden, Deutschland zu sagen: Wir werden uns Ihnen gegenüber so verhalten, als hätten wir gerade den Konflikt hinter uns, in dem wir Gegner waren. Das sind schon neue Generationen, das ist eine neue Seite der Geschichte, daher weigere ich mich persönlich, davon auszugehen, man könne die Deutschen behandeln, als stünden sie unter Vormundschaft. Aber sobald es sich um den Status Europas handelt, dann betrifft uns das, und wir müssen darauf achten, daß kein Ungleichgewicht entsteht, das letztlich in einer Wiederherstellung des Europas der Kriege enden würde. Nicht, daß ich einen Krieg voraussagen will, aber wir würden Gefahr laufen, die Situation des Europa wiederzufinden, das sich vor 1914 in einen Status begeben hat, der - wir haben es leidvoll erfahren - zu einer explosiven Situation und zu unermeßlichen Dramen geführt hat. Das ist also ein heikles Thema, das man ernsthaft behandeln muß; die Deutschen müssen sich dessen deutlich bewußt sein, man kann nicht mit Grenzen spielen.

Von da ab würde ich natürlich intervenieren. Aber da die Dinge vom deutschen Standpunkt aus nicht entschieden sind, werden wir warten, bis die demokratische Äußerung getan ist.

Die beiden deutschen Staaten existieren. Sie gehören zwei unterschiedlichen Bündnissen an, zwei unterschiedlichen Systemen. Viele dieser Hindernisse fallen, glücklicherweise, aber es gibt Armeen, sowjetische Streitkräfte hier und unsere amerikanischen, englischen und französischen Streitkräfte auf der anderen Seite. Diese Probleme sind nicht geregelt. Die Vier haben auf internationalem Gebiet des europäischen Gleichgewichts etwas zu sagen und sich etwas zu sagen. Ich wünsche daher für die Zukunft, wenn sie sich etwas zu sagen haben, nicht unbedingt in einer juristisch gezwungenen Form, ich wünsche mir, daß, wenn sie darüber sprechen, sie mit den Deutschen dar-

über sprechen, damit es niemals den Anschein einer Art fremder Intervention hat, die die Situation von vor einem halben Jahrhundert weiterbestehen lassen möchte, selbst wenn es das auch gibt, wenn das nicht verschwunden ist. An dem Tag, wo das verschwinden wird, werden sich viele andere Konsequenzen ergeben. Geben wir zu, daß das eine Prüfung verdient. Das ist alles, was ich gesagt habe. Was die deutsche Einheit angeht oder jede strukturelle Form, die man sich vorstellen kann, vom Vorschlag von Herrn Modrow bis hin zu den Vorschlägen einer sofortigen Einheit: Die Deutschen sollen sich demokratisch äußern! Frankreich wird das nicht behindern. Aber sobald es um Europa geht - wo wir eindeutig ein Recht auf Kontrolle haben, denn wir gehören zu Europa, und wir sind Garanten für das europäische Gleichgewicht -, möchten wir, daß es keinen Widerspruch gibt zwischen dem deutschen Willen und dem europäischen Willen, zwischen der deutschen Einheit und der europäischen Einheit, darum habe ich diese Dinge immer miteinander verknüpft.

Wenn ich „ich“ sage, dann deshalb, weil Sie sich an mich richten und ich mich im Namen meines Landes äußere. Ich hätte „wir“ sagen können, weil das der genaue Sinn der in Straßburg vom Europa der Zwölf einstimmig angenommenen und auch von Westdeutschland unterzeichneten Resolution ist. Diese Erklärung bekräftigt, daß die deutsche Einheit vollkommen legitim und vielleicht wünschenswert ist - es kommt uns nicht zu, das anstelle der Deutschen zu sagen, aber man sagt es dennoch —, daß das jedoch innerhalb bestimmter Regeln, internationaler Grundsätze erfolgen muß, die in dieser Resolution, vor allem mit Bezug auf Helsinki, festgelegt sind und letztlich den Begriff einer europäischen Integration skizzieren.

Das also ist meine Position und die Position der meisten aktiven Mitglieder Westeuropas.

*Frage:* Wenden Sie dieselbe Formulierung — man darf die beiden Deutschland nicht bevormunden - auf den Status von Berlin an? Müssen die beiden Deutschland die Probleme der Stadt Berlin regeln, wie man heute nachmittags am Brandenburger Tor sehen wird?

*Mitterrand:* Was Berlin angeht, so stehe ich meinen Partnern voll und ganz zur Verfügung, um festzulegen, was wir zu tun haben, wenn wir vor einer neuen deutschen Situation stehen, was noch nicht der Fall ist. Aber im Augenblick haben wir Rechte und haben wir Pflichten, die wir nicht verfehlen dürfen. In einer neuen Situation gibt es eine neue Antwort. Im Augenblick entwickelt sich die Lage schnell, aber vom Recht her ist sie unverändert. Wir haben also noch dieselben Rechte und dieselben Pflichten für Berlin. Kein Vertrag ist unabänderlich, die Geschichte bringt dafür viele Beispiele. Aber im Augenblick sind die Dinge so. Aus diesem Grund haben sich die vier Mächte schon getroffen, und sie werden das wieder tun, wenn es sein muß. Das wird dem Recht entsprechen. Ich wiederhole, daß ich möchte, daß das mit den deutschen Staaten getan werden kann.

*Frage:* Hat sich Ihre Meinung hinsichtlich der deutschen Einheit seit Ihrer Begegnung mit Herrn Gorbatschow in Kiew verändert?

*Mitterrand:* Ich glaube, ich habe heute genau das gesagt, nur auf eine ausführlichere Weise, was ich in Bonn Anfang November gesagt hatte, woran ich soeben erinnert habe. Der friedliche Weg! Ich hatte gesagt, die Wiedervereinigung fürchte ich nicht. Das ist damals von der gesamten französischen Presse aufgenommen worden. Auf demokratischem Weg müssen sich die Völker äußern, nachdem sie demokratische Institutionen erreicht haben, sie müssen sich in freien und geheimen Wahlen äußern. Von da an betrifft es das deutsche Volk. Das deutsche Volk muß das Problem Europa berücksichtigen. Und ich wünsche, daß diese Ereignisse, wenn sie stattfinden, im Rahmen eines strukturellen Fortschritts Europas stattfinden. Zunächst das Europa der Gemeinschaft, hier spreche ich von Westdeutschland, das wurde in Straßburg in gemeinsamer Obereinstimmung beschlossen, und auf der anderen Seite in einem neuen europäischen Rahmen, den ich mir wünsche. Die deutsche Einheit und die europäische Einheit sind nicht voneinander zu trennen. Zumindest in meinen Vorstellungen. All das war in meiner Erklärung Anfang November enthalten, ich habe also meine Position nicht geändert, aber ich bin dank Ihnen dazu gekommen, das muß man sagen, sie genau darzustellen.